



2015 – ein neues Jahr – alte Probleme

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein neues Jahr ist angebrochen. Und wahrscheinlich hat jeder von uns spätestens am Silvesterabend das nunmehr zurückliegende Jahr noch einmal Revue passieren lassen. Jeder wird für sich bilanziert haben, welcher seiner Wünsche sich erfüllt hat, welcher gute Vorsatz eingehalten wurde.

Auch in diesem Jahr werden sich viele Vorsätze gleichen – sich mehr Zeit für die Familie nehmen, mehr auf die eigene Gesundheit achten ... Und dann noch die Erwartungen an die Zukunft – die persönlichen und die dienstlichen.

Wünsche an den Dienstherrn und die Politik, wie Wertschätzung unserer täglichen Arbeit, Verbesserung der Bedingungen für den Wechselschichtdienst, Senkung der hohen Einsatzbelastung, konsequente Verfolgung von Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten, bessere Gesundheitsvorsorge, reibungslose Beschaffung erforderlicher Technik, die Verbesserung der baulichen Situation und Beseitigung der Mängel in unseren Dienststellen,

und vieles mehr. Wir dürfen gespannt sein, welche dieser Wünsche sich erfüllen werden. Oder hören wir stattdessen die längst bekannten, sich über Jahre gleichenden Totschlagargumente? Von wegen fehlendes Geld, zurückgehende Steuereinnahmen, auslaufender Solidarpakt, Schuldenbremse, usw., usw. Die Finanzministerinnen in Mecklenburg-Vorpommern können sich vieles vorwerfen lassen, aber niemals Phantasielosigkeit. Wenn es ums Sparen an der falschen Stelle ging, dann waren sie immer äußerst kreativ. Und zur Not, wenn alle Stränge reißen, werden Scheindebatten um die Polizei ins Leben gerufen, die keinem etwas nützen, aber ausreichen, jede berechnete For-

derung zu diskreditieren. Im vergangenen Jahr waren es herbeigeredete und nachweislich erfundene Übergriffe durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Man kann gespannt sein, welche Sau in diesem Jahr durchs Dorf getrieben wird.

Und trotzdem oder gerade deshalb, wird es auch in diesem Jahr bei unserem Wunsch an Landesregierung und Landespolitik bleiben: Weniger Sonntagsreden, mehr Klotzen! Wer Spitzenleistungen erbringt, wie die Landespolizei, der hat auch Anspruch auf Spitzenfürsorge. Diese Forderung werden wir jedes Jahr wieder und wieder aufs Neue aufmachen.

Christian Schumacher

DER LANDESVORSTAND

Schwerste Ausschreitungen – dies tut beiden Vereinen nicht gut!

„Dieser ausufernden Gewalt bei Fußballspielen muss endlich ein Ende gesetzt werden“, fordert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Christian Schumacher. „Offensichtlich bringen Appelle an Verstand und Vernunft nicht den gewünschten Erfolg.“ Der Landesvorsitzende der GdP war am 29. 11. 2014 beim Einsatz aus Anlass der Fußballbegegnung des F.C. Hansa Rostock mit der SG Dynamo Dresden in Rostock vor Ort. Der erfahrene Polizist und Gewerkschafter ist erschrocken und alarmiert über die enormen Aggressionen, die den eingesetzten Polizisten entgegengebracht wurde. Dass die Hemmschwelle Polizisten anzugreifen immer weiter sinkt, liegt nach Auffassung von Christian Schumacher auch an der Personalpolitik des Landes.

„Wenn in öffentlichen Haushalten gespart werden muss, wird der Rotstift zu allererst bei der Polizei angesetzt“, so Schumacher. „Dass die gebotene Achtung vor Uniformierten nachlässt, wenn diese ihre Aufgaben aufgrund des Personal mangels nicht mehr mit ausreichender Sorgfalt erledigen können.“ Schumacher weiter: „Provozieren ist heutzutage schick geworden. Beleidigungen und Bespuckungen sind an der Tagesordnung. Beamte werden mit Handys gefilmt und das kann sich anschließend jeder auf YouTube anschau-

en. Juristische Retourkutschen nach Festnahmen nehmen zu. Da werden Beamte plötzlich zu Beschuldigten. Polizisten sind heute permanent Krisen- und Konfliktsituationen ausgesetzt.“

Inzwischen werden selbst Polizeidienststellen nach einem Fußballspiel belagert und attackiert. Dank des konsequenten Vorgehens der Rostocker Polizei konnten 67 der insgesamt rund 70 Straftäter, die das Polizeihauptrevier angegriffen, beworfen, beschädigt und dabei auch einen Beamten verletzt haben, namentlich bekannt gemacht wer-

den. „Wenn die Staatsanwaltschaft das nicht mit der gebührenden Sorgfalt strafrechtlich verfolgt, wird der Rechtsfriede bei weiteren Fußballspielen in Rostock empfindlich und dauerhaft gestört sein.“

Wenn Politik und Justiz solche Übergriffe als Berufsrisiko betrachten, wächst bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Eindruck, sie seien nur noch Kanonenfutter. Gemeinsam muss es uns gelingen, dass sich Chaoten und

Fortsetzung auf Seite 2



DER LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

Straftäter nicht weiter unter der Maske des friedlichen Fußballfans verstecken können“, so der Appell Christian Schumachers.

Die Gewerkschaft der Polizei wünscht allen verletzten Kolleginnen und Kollegen eine baldige Genesung.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Februar 2015 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 2. 1. 2015. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

Reaktionen

CDU-Landtagsfraktion,
Michael Silkeit:

„Es ist völlig inakzeptabel, dass einige wenige Krawallmacher den friedlichen Fans einen Nachmittag im Stadion versauen. Wer Raketen in Fanblöcke schießt, gefährdet die Gesundheit anderer Fans. Hier sind die Vereine in der Pflicht, gegen die Straftäter vorzugehen und diese zu bestrafen. Solche Chaoten haben in einem Fußballstadion nichts zu suchen.“

SPD-Landtagsfraktion,
Dr. Norbert Nieszery:

„Die Chaoten müssen mit aller Konsequenz zur Rechenschaft gezogen werden. Das gilt für die Dresdner-Hooligans, die im Stadion bewusst mit gezielten Leuchtraketen-Schüssen Leib und Leben von Zuschauern auf der Südtribüne gefährdet haben. Und das gilt für den Rostocker Mob, der nach der Begegnung in unglaublicher Art und Weise Polizisten und die Polizeidienststelle in der Ulmenstraße angegriffen hat.“

DIE LINKE, Peter Ritter:

„Kritisch hinterfragt werden muss auch, was aus den Festlegungen der bisherigen runden Tische geworden ist. Ein Gesamtkonzept zur Eindämmung von Gewalt in und vor den Stadien aller Ligen ist bislang jedenfalls nicht zu erkennen. Denjenigen, die im Stadion bewusst in Kauf nehmen, dass andere Menschen an Leib und Leben gefährdet werden, ist das Handwerk zu legen. Dynamo-Geschäftsführer Minge spricht hier zu Recht von Kriminellen, die zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das gilt ebenso für die gefährlichen Chaoten, die Polizeibeamte angreifen, Polizeistationen verwüsten und die öffentliche Ordnung gefährden.“

Bündnis 90/Die Grünen,
Jürgen Suhr:

„Den gewaltsamen und inakzeptablen Auseinandersetzungen im oder außerhalb des Stadions ist seitens des Vereins mit allen Mitteln zu begegnen. Ich erwarte hier seitens der Vereinsführung von Hansa Rostock eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Gewalttätern und denjenigen, die sich mit ihnen solidarisieren. Gewalt hat weder im Stadion noch im Umfeld des Stadions etwas zu suchen.“

KREISGRUPPE ANKLAM

Gewalt gegen Polizeibeamte

Das Verhalten von „straffälligen Asylbewerbern“ wird von der Kreisgruppe Anklam der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mehr und mehr kritisch gesehen. Einige zeigen dabei „nicht den geringsten Respekt vor der Polizei“. Es kommt vor, dass sie sich schlichtweg weigern, die Regeln in ihrem Gastland zu akzeptieren. Dazu der GdP-Kreisgruppenvorsitzende Marco Bialecki: „Meine Kollegen werden auch mit straffälligen Asylbewerbern konfrontiert, welche nicht den geringsten Respekt vor der Polizei haben. Dies wird die GdP nicht zulassen!“

Bialecki forderte eine bessere Finanz- und Personalausstattung der Landespolizei, um dadurch auch deutlich zu machen, dass die Landesregierung die Sorgen der Menschen ernst nimmt, da sonst die Akzeptanz für eine besonnene Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Bevölkerung zu schwinden droht. Ebenso wird es für Polizeibeamte immer wichtiger, deeskalierende und kultursensible Kompetenzen zu erwerben. Dies kann man mal nicht so „nebenbei“ in der Abendschule und nach dem Dienst tun. „Es müssen jedoch auch andere Teile der öffentlichen

Verwaltung, wie beispielsweise Ausländerbehörden, Jugendämter, Sozialämter und Schulen, in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag hierzu leisten zu können“, so Bialecki weiter. „Nur eine besonnene Politik, die die Ängste und Hoffnungen aller einbezieht, sorgt mittelfristig dafür, dass sich Migrationsdruck verringert und dass Parteien am rechten Rand aus den ernstzunehmenden Ängsten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger am Ende kein politisches Kapital schlagen können“, lautet das Fazit von Bialecki.

Der Kreisgruppenvorstand



Politischer Stammtisch belebt die Diskussion

Wie sehr das Thema Personalausstattung unserer Polizei und die Einflussnahme von Politik und Gesellschaft auf die Arbeit der Landespolizei einen Gewerkschafter und die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen elektrisieren kann, hat die Kreisgruppe Schwerin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Anlass genommen, sich regelmäßig mit Vertretern der Landespolitik an einen Tisch zu setzen, um die Probleme, die unsere Mitarbeiter tagtäglich bewegen, eben dort anzusprechen, wo die grundlegenden Entscheidungen getroffen werden.

Unter dem Titel „Wie steht die Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Polizei Mecklenburg-Vorpommern“ haben wir zu unserem ersten politischen Stammtisch geladen und läuteten damit die künftig regelmäßig stattfindende Austauschrunde im Seglerheim in Schwerin ein. Als Gesprächsgast von politischer Seite wurde der Landtagsabgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Johannes Saalfeld, auch in seiner Funktion als innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe Schwerin, Maik Exner-Lamnek, begrüßt. Begleitet wurde Herr Saalfeld von einer Mitarbeiterin der Landtagsfraktion und zuständige Referentin für Angelegenheiten der Inneren Sicherheit und des Innenausschusses des Landtages. Ebenso nahmen als Gast an der Gesprächsrunde der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher, sowie einige Mitglieder der Kreisgruppe Schwerin teil.

Aufgaben der Polizei

Die Runde eröffneten wir sogleich mit einem hoch interessanten Thema und widmeten uns dabei der „geringen Personalausstattung und den damit zu bewältigenden Aufgaben der Polizei“. Hier wurden auch gleich ganz eindrucksvoll – und wie es sich für Gewerkschafter gehört – unverblümt, die Probleme auf den Tisch gebracht.

Es geht uns nicht darum von der Politik grundlos mehr Personal zu fordern.

Es geht uns darum, darauf aufmerksam zu machen, dass trotz sinkender Statistiken, die Aufgaben der Polizei nicht weniger, sondern im Gegenteil, die bestehenden Aufgaben immer mehr werden und damit die Belastung der Kolleginnen und Kollegen stetig steigt. Sehr oft stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich Gewissenskonflikten ausgesetzt,

da es ihnen aufgrund der Zielvorgaben nicht möglich ist, Sachverhalte auch mit der gebotenen Sorgfalt abzuarbeiten. Weiterhin ist die Polizei meist das letzte Glied in der Kette. Das Stichwort „Amtshilfe“, um Aufgaben, die eigentlich durch andere Behörden zu erledigen sind, auf die Polizei zu übertragen, dürfte jedem in diesem Zusammenhang ein Begriff sein.

Es geht uns darum, darauf aufmerksam zu machen, dass wir ein Nachwuchsproblem in der Landespolizei haben. Zum einen federt die Anzahl der Neueinstellungen die Zahl der Altersabgänge bei Weitem nicht ab und zum anderen führt die stetige Aufgabenverdichtung zu einem enormen Anstieg krankheitsbedingter Ausfälle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kurzum: Das, was in den Revieren an jungem Personal nachkommt, ist überschaubar!

Es geht uns darum, darauf aufmerksam zu machen, dass die Arbeit der Polizei oftmals gar nicht richtig eingeschätzt und gewürdigt wird. Die jungen Kolleginnen und Kollegen der Polizeireviere unterstützen in den Einsatzeinheiten bei jedem noch so kleinen Dorffest bis hin zu Großveranstaltungen, wie die Hansa-Spiele, während die älteren Kollegen drei Zwölfer-Nachtschichten an ihrem eigentlich dienstfreien Wochenende absolvieren müssen. Was das für die Familien der Mitarbeiter bedeutet, wird im politischen Raum offenbar nicht wahrgenommen.

Aber vor allem geht es uns darum, darauf aufmerksam zu machen, dass die Gewährleistung der Sicherheit durch die Polizei keine Frage des Geldes sein darf. Es kann nicht sein, dass die finanziellen Mittel für die Ausstattung der Polizei mit Ausrüstung und Personal daran bemessen werden, wie viele Menschen in unserem Land gemeldet sind. Weiterhin darf der Rückgang der Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik nicht als Argument für weniger Polizeibedarf herangezogen werden. Dies würde

nämlich eine gefährliche Entwicklung zur Folge haben. Weniger Polizisten stellen auch weniger Straftaten, insbesondere im Bereich der Kontrolldelikte, wie Trunkenheits- oder Drogenfahrten, aber auch im Bereich der Umweltstraftaten fest.

Herr Saalfeld zeigte sich sehr überrascht über die Intensität der vorgelegten Problemfelder in der Landespolizei und machte genauso offen wie ihm diese geschildert wurden aber auch klar, dass er gerade in seiner Funktion aus der Opposition heraus natürlich nicht mehr Personal versprechen kann. Aber er machte deutlich, dass es ihm ein großes Anliegen ist, den von der Landesregierung angekündigten Evaluationsbericht schneller einzufordern. Er sieht sich nach den Berichten darin bestätigt, dass es nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden darf, die Aufgaben der Landespolizei auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Hier sei neben dem Land aber auch der Bund gefordert.

Große Potenziale zur Entlastung der Polizei sieht Herr Saalfeld beispielsweise bei Überprüfung von Fahrzeughaltern im Ordnungswidrigkeitenverfahren. Das sehen auch wir so. Andere Länder in Europa haben bereits die Halterhaftung. Warum muss die Polizei durch die Befragung der Nachbarn in das tiefe soziale Umfeld eines Fahrzeughalters eingreifen, um den Fahrzeughalter nach begangenen Verkehrsverstoß zu identifizieren. Wenn ein Fahrzeughalter selbst nicht gefahren ist, wird er den Fahrzeugführer schon benennen, wenn er den Bußgeldbescheid im Briefkasten hat.

Auch in der Finanzierung der Polizei stimmt Herr Saalfeld mit unserer Auffassung überein. Die Finanzausstattung des Landes durch Mittel vom Bund darf nicht ausschließlich mittels Pro-Kopf-Berechnung ermittelt werden, sondern hier müssen andere Kriterien und die Sonderbedarfe des Landes, als Flächenland mit Küste und Grenzregion eine

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

entscheidende Rolle spielen. Natürlich durfte bei einem Gespräch mit der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das Thema **Kennzeichnungspflicht** für Polizeibeamte nicht fehlen. Herr Saalfeld verdeutlichte hier, dass es ihm und seiner Fraktion nicht um



eine namentliche Kennzeichnung gehe, sondern ausschließlich eine numerische Kennzeichnung der Polizeibeamten bei geschlossenen Einsätzen gefordert wird. Im Ergebnis der zu diesem Thema sehr angeregt geführten Diskussion ist zu sagen, dass unsere Alternativvorschläge, jeden Polizeibeamten mit einer **Bodycam** nach dem Vorbild der hessischen Landespolizei auszustatten, zumindest nicht grundsätzlich abgelehnt wurde. Vielmehr können wir hier noch eine sehr angeregte Diskussion erwarten, zum Thema „Kameraüberwachung im Spannungsfeld von Facebook und Smartphone“.

Bis in die späten Abendstunden tauschten sich Teilnehmer des ersten politischen Stammtisches der Kreisgruppe Schwerin in gemütlicher Runde über unseren facettenreichen Beruf aus.

Es ist uns auch dank der sehr anschaulichen Erfahrungsberichte unserer anwesenden Gewerkschaftsmitglieder gelungen, Herrn Saalfeld als politischen Verantwortungsträger des Landes offene Fragen erläutern zu lassen und vor allem ihn für die Probleme unserer Landespolizei zu sensibilisieren. Wir sind uns sicher, dass wir dieses Treffen wiederholen werden und Herr Saalfeld uns dann berichten wird, was er für uns erreichen konnte und was nicht.

Wie werden auf jeden Fall darüber berichten!

Der Kreisgruppenvorstand

GdP begrüßt die Entscheidung des Kreistags Vorpommern-Greifswald

„Mit seinem Beschluss, die Landespolizei im Landkreis zu stärken, hat der Kreistag Vorpommern-Greifswald ein deutliches Signal gesetzt“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Die GdP kritisiert schon seit Jahren den Rückzug der Polizei aus der Fläche. Der personelle Aderlass von über 1000 Beschäftigten bedeutet weniger Streifen und längere Wartezeiten auf die Polizei. Dies ist leider traurige Realität im gesamten Land

und nicht nur in Vorpommern-Greifswald. „Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass die Landesregierung ihre Sorgen um ihre Sicherheit ernst nimmt. Dieser unsägliche Polizeiabbau muss beendet werden (!)“, so Schumacher weiter.

Beschluss der SPD Vorpommern-Greifswald zur Kennzeichnungspflicht ist abenteuerlich

Als „abenteuerlich“ bezeichnete der Vorsitzende der Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anklam, Marco Bialecki, den jüngsten Beschluss der SPD Vorpommern-Greifswald zur polizeilichen Kennzeichnungspflicht.

Bialecki wörtlich: „Auch wenn die SPD behauptet ‚mit dem Beschluss solle der Polizei nicht pauschal das Misstrauen ausgesprochen werden‘, passiert genau das Gegenteil. Mit Behauptungen, die durch nichts bewiesen wurden, wird die Polizei kriminalisiert. Es ist geradezu abenteuerlich, vorzugeben, gegen Straftaten vorgehen zu wollen, obwohl bisher nicht eine einzige aktenkundig ist.“

Seit vielen Jahren hat es nicht eine einzige Strafanzeige gegen Polizistinnen und Polizisten in Folge geschlossener Einsätze gegeben. Stattdessen aber Angriffe auf Privatfahrzeuge von Polizistinnen und Polizisten und Drohungen gegen deren Familien.

Für die Gewerkschaft der Polizei werden in den Forderungen nach polizeilicher Kennzeichnungspflicht auch rechtliche Defizite bei den Akteuren erkennbar.

Bialecki weiter: „So ist es völliger Unsinn, anzunehmen, dass man gegen eine polizeiliche Maßnahme die beispielsweise während einer De-

monstration verhängt wurde, nur dann vorgehen kann, wenn man den Namen des handelnden Beamten kenne. Weder im Strafverfahren noch im Verwaltungsverfahren ist dieser erforderlich.“

Der Kreisgruppenvorsitzende

Der Antrag

SPD-Kreisverband Vorpommern-Greifswald, vom 17. 11. 2014: „Die Delegierten votierten für die Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten. ‚Eine Kennzeichnung ist notwendig, um Straftaten durch einzelne Polizeibeamte effektiv zu ahnden. Mit einer solchen Kennzeichnung soll der Polizei nicht etwa pauschal das Misstrauen ausgesprochen werden – vielmehr stellt diese auch einen Schutz dar, für die große Mehrzahl der Polizistinnen und Polizisten, die in diesem Land eine wichtige und notwendige Aufgabe erfüllen‘.“



KREISGRUPPE NW-MECKLENBURG

Zu dem Vorfall am Rande des 21. Bürger- und Polizeiballes

Die Kreisgruppe NW-M der Gewerkschaft der Polizei bedauert diesen Vorfall am Rande ihres 21. Bürger- und Polizeiballes. Am Wichtigsten ist für uns dabei, dass keiner unserer Kollegen noch ernsthafter verletzt wurde.



Seit über 20 Jahren bemüht sich unsere Gewerkschaftskreisgruppe, einmal im Jahr unter dem Motto „Polizei Dein Partner“ eine Möglichkeit zu schaffen, in der sich die Menschen aus unserer Heimat, Gewerbetreibende, Polizeibeschäftigte, Politik und Wirtschaft in angenehmer Atmosphäre austauschen können. Das bereits vorhandene Vertrauen und die Akzeptanz soll durch abwechslungsreiche Kommunikation hierbei weiter gestärkt werden.

Darüber hinaus veranstalteten wir während des Balles bereits zum zweiten Mal eine Tombola (siehe Foto) zugunsten sozial benachteiligter Kinder aus unserer Region. Hierbei gilt der Dank auch vielen Firmen und Gewerbetreibenden aus unserer Stadt, welche uns dabei unterstützt haben. Für uns als Gewerkschaft der Polizei ist es wichtig, dass die Kinder schon frühzeitig lernen, dass Polizei auch anders kann und gerade sie uns wichtig ist.

Gewalt gegen Polizeibeamte ist leider überall zu verzeichnen.

Dieser eingangs geschilderte Vorfall macht wieder einmal mehr deutlich, in welchem Spannungsfeld sich unsere Kolleginnen und Kollegen täglich befinden, wenn sie zur Schlichtung von Streitigkeiten oder Durchsetzung von Rechten gerufen werden und die Stimmung plötzlich aggressiver wird und sich dann auch gegen die Polizeibeamten selbst richtet.

Maik Schröder,
stellvertretender Vorsitzender
der GdP-KG



DER LANDESVORSTAND

Polizei muss besetztes Haus räumen – auch ohne „Kennzeichnungspflicht“

Eine Bürgerinitiative und der Eigentümer eines 150 Jahre alten Hauses in Greifswald werden sich nicht einig. Das Haus soll geräumt und abgerissen werden. Kompromisse und Vermittlungsversuche, den Konflikt friedlich zu lösen, scheiterten. Und so kam es, wie es kommen musste. Um den Gerichtsbeschluss des Amtsgerichtes Greifswald zur Räumung der dortigen Brinkstraße 16 bis 17 durchzusetzen, kam es am 20. November 2014 zu einem Polizeieinsatz.

Der Einsatz gestaltete sich für die knapp 200 Beamten sehr schwierig. Da sich die im Haus widerrechtlich aufhaltenden Personen verbarrikadiert hatten, mussten sich die Beamten mit technischen Hilfsmitteln Zutritt verschaffen. Dabei wurden sie mit Reizstoff besprüht. Den vorläufigen Festnahmen setzten sich die Besetzer aktiv zur Wehr. Selbst ein Verhandlungsteam konnte mehrere Frauen nicht dazu bewegen, das Dach zu verlassen. Das übernahm ein Höhenrettungsteam der Polizei.

Trotz der schwierigen Einsatzlage und hohem emotionalen Potenzial

bleibt festzuhalten, dass niemand verletzt wurde. Das taktische Konzept der Polizei ging auf. Bis zum Schluss blieben die Beamten ruhig, deeskalierend und ständig gesprächsbereit. Somit ist auch dieser Polizeieinsatz ohne Kennzeichnungspflicht als Erfolg zu werten.



Vereidigung der Polizeianwärterinnen und -anwärter in Güstrow



Etwas grau und nicht besonders feierlich zeigte sich das Wetter am 21. November in Güstrow. Davon ließen sich die Polizeianwärterinnen und -anwärter des Einstellungsjahres 2014 ihre feierliche Laune aber nicht nehmen. Der Tag der Vereidigung war für die 132 neuen Kollegen gekommen und mit ihm viele Angehörige und Freunde, die den Festsaal der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) in Güstrow füllten und somit zu einem gelungenen Festakt beitrugen. Für die musikalische Untermalung sorgte auf gewohnt begeisternde Weise das Landespolizei-Orchester.

Als Ehrengäste begrüßte die Kommissarische Direktorin der Fachhochschule, Dr. Marion Rauchert, unter anderem den Minister für Inneres und Sport, Lorenz Caffier, den Bundestagsabgeordneten Eckhard Rehberg, den Bürgermeister der Stadt Güstrow, Arne Schuldt, sowie den ehemaligen Direktor der Fachhochschule Güstrow und Rektor der Hochschule Wismar, Herrn Prof. Dr. Wiegand-Hoffmeister. Auch die Gewerkschaft der Polizei war selbstverständlich vertreten, zum einen durch den Landesvorsitzenden Christian Schumacher und zum anderen durch den Vorsitzenden der Jungen Gruppe, Sebastian Weise.

Frau Dr. Rauchert wies in ihrer Begrüßungsrede darauf hin, dass hochqualifizierter und hochmotivierter Polizeinachwuchs wichtig sei und die Dozenten und Trainer die Anwärter gut auf die Polizeiarbeit vorbereiten werden. Weiterhin stellte sie den Wert der Vereidigung heraus. „Sie bekennen sich zu den Grundwerten der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Diese Werte sollten auch ihre Motivation sein, diesen Beruf auszuüben“, so Frau Dr. Rauchert.

Der Minister für Inneres und Sport hielt die Festrede und forderte die 132 Polizeianwärterinnen und -anwärter, unter ihnen auch vier Anwärter der Sportfördergruppe, auf, sich bewusst

zu machen, welche Verantwortung sie mit Ablegen des Eides übernehmen. Weiterhin wies er auf den hohen Krankenstand in der Landespolizei hin und sagte: „Der Polizeiberuf ist ein körperlich und geistig anstrengender Beruf, darauf müssen Sie sich einstellen.“

Außerdem appellierte Caffier an die Berufsanfänger, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dies sei eine Möglichkeit, wertvolle Erfahrungen zu sammeln und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Darüber hinaus machte der Innenminister deutlich, sich weiterhin gegen eine Absenkung des Personalbestandes bei der Polizei einzusetzen.



Nach Ablegen des Eides und Singen der Nationalhymne wurden die Berufsanfänger in die Arme ihrer Eltern und Freunde entlassen, und das Grau des Himmels wurde durch ein Strahlen der Anwärterinnen und Anwärter verdrängt. **Jens Lembke**

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button. www.facebook.com/gdp.mv



HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Landesbezirk M-V

Platz der Jugend 6,

19053 Schwerin

oder:

– per Fax an: 03 85-20 84 18-11

– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle

**DER LANDESVORSTAND
In Erinnerung**

Vor 15 Jahren, am 24. November 1999 stürzte ein Hubschrauber – Eurocopter EC 135 – der Polizeihubschrauberstaffel Mecklenburg-Vorpommern im Bereich des ehemaligen Militärflugplatzes Basepohl ab. Dabei kamen der Pilot und Staffelführer Ingolf Honermeier, der Bordwart Lars Harder und der mitfliegende Polizeibeamte Hans-Jürgen Basedow ums Leben.



Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Andreas Wegner gedachte der Opfer des Absturzes und legte einen Kranz nieder.

LANDESSENIORENVORSTAND

25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer – Konzert in der Neuen Philharmonie in Szczecin

Auf Einladung des Vorsitzenden der Pensionärs- und Rentnergenossenschaft der Polizei in Szczecin, Hendryk Karcz, reisten eine Abordnung der Kreisgruppe Neubrandenburg mit den Kolleginnen und Kollegen Bettina Bauer, Heidi Bruweleit, Regina Terrey, Fred Henning der Kreisgruppe Rostock, Hans Widerka und Heiner Kirst der Kreisgruppe Schwerin Werner Vehlow und Wilfried Meinke am 7. November 2014 nach Szczecin, um dem Konzert zum 25-jährigen Jahrestages des Falles der Berliner Mauer in der Neuen Philharmonie beizuwohnen.



Dieses historische Ereignis vor 25 Jahren wurde in einer Festrede geschichtlich erläutert. Polnische und deutsche Gruppen besuchten dieses Konzert und konnten dadurch ihre jeweiligen bestehenden kameradschaftlichen und freundschaftlichen Kontakte weiter pflegen und ausbauen. Dieses Konzert wurde vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig gefördert und aus Mitteln der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit finanziert.

Das Sinfonieorchester der Philharmonie in Szczecin, die Neue Preußische Philharmonie Berlin, drei Chöre, drei Solisten unter Leitung der Dirigentin Ewa Strusiska spielten einzigartig von Benjamin Britten – War Requiem op. 66, (die Totenmesse).

Einen besonderen Eindruck machte das Finale, in dem alle Darsteller auftraten und die Kriegspoesie von Wilfried Owen sich gemeinsam mit dem liturgischen Text der Messe überschneidet. Die Kompositionsart des Werkes kann man als eine eigenarti-

ge Allegorie der politischen Ereignisse ansehen, die für viele Jahre nicht nur Europa, sondern auch ein Volk getrennt haben. 25 Jahre nach dem Berliner Mauerfall gedachten Stettiner mit Berlinern eines der wichtigsten geschichtlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts.

Mit der gewohnten polnischen Herzlichkeit wurden wir an diesem Nachmittag mit Kaffee, Kuchen und einem späten Mittagessen von den Kolleginnen und Kollegen empfangen und bewirtet.

Nach dem Konzert in dem beeindruckenden neuen Gebäude der Philharmonie Szczecin blieb uns ein Dziekuje und Do widzenia zum Abschied.

Wir fühlten, dass wir als Freunde und Nachbarn im neuen Europa weiter angekommen sind und die Musik dazu einen Beitrag leistet. So war dieses Konzert eine Warnung des Dichters Owen an die Sinnlosigkeit eines Krieges.

Regina Terrey



Delegierte aus MV waren gut vorbereitet

In der Zeit vom 10. bis 12. November 2014 fand der 25. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Berliner Estrell-Hotel statt. Die gewerkschaftspolitischen, aber auch gesellschaftspolitischen Themen waren breit gefächert.

Diskutiert, beraten und beschlossen wurde u. a. über eine überarbeitete Satzung, ein neues Grundsatzprogramm, tarifpolitische Forderungen, Ausstattungsfragen oder die Abkehr von der Föderalismusreform.

Darüber hinaus haben sich die 251 Delegierten mit 242 Anträgen auseinanderzusetzen gehabt. Der Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern war mit vier Delegierten vertreten. Unter der Leitung von Lutz Heise (KG LBPA MV) sind Anja Stolzenburg (KG Greifswald), Petra Gerdsmann (KG Neubrandenburg) und Siegmund Brandt (KG Rostock) nach Berlin gefahren.



V. l. n. r.: Lutz Heise, Petra Gerdsmann, Siegmund Brandt, Anja Stolzenburg und Christian Schumacher

LESERBRIEF

„Deutsche Polizisten beschützen die Faschisten!“

– Mit dieser Parole unserer ANTIFA bin ich ganz und gar nicht einverstanden –

Es hatte vielleicht den Anschein, aber habt Ihr es mal so gesehen(?): Durch die „Schutzumzingelung“ der Polizisten, war es den Demonstranten des NPD-Aufzuges nicht möglich, eigenständig die Route zu ändern. Sie wurden permanent gezwungen, brav rumzustehen und zu warten, dass die Polizei den Weg zum Weitermarsch freigab. Sie konnten sich nicht auf unsere „kampfberedten“ Heißsporne der ANTIFA stürzen und es blieb ihnen nur ein zweifelhaftes selbstgefälliges Grinsen und ein paar obszöne Gesten als Reaktion auf unsere Proteste, dazu ein böses Gucken nach dem Motto „Dich merke ich mir!“

Und wie mögen sie sich wohl gefühlt haben, als sie in aller Stille am Kampfgesang von Thälmanns geballter Faust vorbei dirigiert wurden?

Den Polizisten sei Dank, verlief es weitestgehend ohne Störungen, ein bisschen Gerangel ist normal und wird auch nicht so eng gesehen, glaube ich. Der Einsatz von Pfefferspray durch ANTIFA-Leute dagegen gehört nicht zur friedlichen Demo und spielt nur den NPD-Anhängern in die Hände.

Ab und an hatten die Polizisten sogar ein Lächeln für uns und immer waren sie bereit, mit uns zu reden!

Die Demonstranten des NPD-Aufmarsches blieben also isoliert, hatten keinen Zulauf und waren permanent gezwungen, sich ruhig zu verhalten ... habt Ihr das vielleicht mal so gesehen?

Unsere Stadt blieb verschont von Randalen, eingeworfenen Fensterscheiben und eventuell Schlimmeren und DAS ist nicht Verdienst der Politiker, die diesen Aufmarsch genehmigten.

Die Polizeibeamten waren für einige Parolen einfach die falsche Adresse.

Unmöglich fand ich auch das Verhalten einer mitblockierenden Stadtpolitikerin, die bei Feststellung des Kessels am Theater plötzlich ihren Bundestagsmandatsausweis herausholte und auf ihr Recht auf Immunität pochte, um aus dem Kessel entlassen zu werden. Unterstützt wurde sie von einer Person von außerhalb des Kessels, die den betroffenen Polizeibeamten von der Seite her zutextete, ob die Polizei denn wisse, was Immunität

bedeute! Wir wurden alle ohne Erhebung von Daten aus dem Kessel entlassen, dessen Bestehen von den Polizeibeamten klar und deutlich begründet wurde. Schließlich hatten wir gegen die Auflagen der Demo verstoßen und sollten dafür halt ein bisschen warten, um nicht gleich wieder die nächsten Straßen zu blockieren. Übrigens war diese Politikerin auf dem Alten Markt dann wieder mit in der ersten Reihe dabei!

Mehr Niveau für die Sprechchöre, warum nicht auch mal wieder gemeinsames Liedgut gegen „Rechts“, das wünsche ich mir, denn ein nächstes Mal wird es unter dieser Regierung sicher wieder geben. Bleibt also wachsam und mehr Mut!

Name der Redaktion bekannt

